

Wichtiges Verdikt des Stimmvolks gegen die „Selbstbestimmungsinitiative“ der SVP

Keine Diktatur der Mehrheit

Der wichtigste Entscheid der November-Abstimmungen: Die „Fremde Richter“-Initiative ist deutlich durchgefallen. Bei den Versicherungsspionen waren unsere Argumente nicht ausreichend vermittelbar. Wegweisend ist das Berner Nein zu Steuersenkungen.

Die Bilanz des Abstimmungswochenendes ist, wie so oft, zwiespältig. Am wichtigsten ist ohne Zweifel der erfreuliche Befund, dass die SVP mit ihren grobschlächtigen Initiativen offenbar zunehmend nur noch die eigene Klientel erreicht. Trotz anfänglichem Schmusekurs mit nahezu CVP-orangen Plakaten, trotz üblem, teilweise antisemitisch gefärbtem Kampf in letzter Minute (zweimal 20 Minuten-Umhüllung) haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verstanden:

Die Initiative war ein direkter Angriff auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Der SGB betont, dass mit dem Nein dazu auch die Arbeitnehmerrechte gestärkt sind.

„Das Volk“ hat gesprochen

Bei einem Urteil „Strassburgs“ gegen die Ausschaffung eines verurteilten Straftäters mit ausländischem Pass lag die ursprüngliche Motivation von SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt für seine Initiative. Sie zielte letztlich nicht nur auf den Menschenrechtsgerichtshof, nicht nur auf „fremde“, sondern auch auf eigene Richterinnen und Richter, überhaupt auf die Gewaltentrennung. Ihr schwebte eine Demokratie als „Diktatur der Mehrheit“ vor, in der „das Volk“ über allem steht und beliebig in die Grundrechte einzelner eingreifen kann. Und sie stellte sich die Schweiz als einen Staat vor, der ausserhalb der Weltgemeinschaft steht und der darum internationale Verträge nicht respektieren muss - oder nur noch dann, wenn es ihm gerade nützt. „Das Volk“ hat diese Rolle und diese Sicht der Dinge überraschend krachend abgelehnt.

Für Ernüchterung sorgt dagegen das Resultat der Abstimmung über die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Sozialversicherten. Das gleiche Stimmvolk hat in seiner grossen Mehrheit ein Gesetz durchgewunken, das die Grundrechte mehr als ritzt und das ein ganzes Volk unter Generalverdacht stellt. Den Versicherungen wird ein überdimensioniertes Instrumentarium in die Hand gegeben, das sie - mit Ausnahme von GPS-Trackern - in Eigenregie anwenden dürfen. Sie haben damit Zugang zu Methoden, die eigentlich der Polizei vorbehalten sein müssten. Und dies, obwohl sie in den jeweiligen Verfahren ja Partei sind und an Ermittlungen nur in die eine, ihnen nützende Richtung Interesse haben.

Ein mit der heissen Nadel genähtes Gesetz mit groben gesetzgeberischen Fehlern hat an der Urne grünes Licht bekommen. Es ist eine Ironie der Geschichte, das es vor dem Strassburger Menschenrechtsgerichtshof wohin es mutmasslich getragen wird, keinen Bestand haben dürfte. Und dass an diesem gleichen Abstimmungswochenende der Zugang zu diesem Gericht offen gehalten wurde.

Die Referendumsabstimmung war aber auch ein kleines Lehrstück über das Verhältnis von Internetkampagnen und Abstimmungen in der „realen“ Welt: Es sind zweierlei Paar Schuhe, rasch 50'000 Unterschriften für ein Referendum beizubringen - oder aber eine Mehrheit in der breiten, von Jahrzehnten „Sozialschmarotzer“-Kampagne irritierten Bevölkerung zu gewinnen.

Bern sagt Nein zu Abbau

Hoch erfreut ist der VPOD über das Nein zu tieferen Unternehmenssteuern im Kanton Bern. Das Verdikt ist eine Absage an den Steuerwettbewerb und ein „Schuss vor den Bug für alle Steuerabbauer in den Kantonen“, wie der SGB schreibt. Die weiteren massiven Einschnitte im Sozial- und Gesundheitsbereich, die bei einer Steuersenkung unvermeidlich gewesen wären, entfallen nun. Auch bei den Kommunen atmet man auf, dass nicht nochmals Millionen (in Bern: 15, in Biel: 6) gespart werden müssen. Über eine massive Senkung der Unternehmenssteuern wird derzeit in vielen Kantonen diskutiert. Das Resultat aus Bern ist ein wichtiges Zeichen für diese bevorstehenden Auseinandersetzungen, weil es zeigt, dass die Steuerspirale nach unten kein Naturgesetz ist.

VPOD Schweiz, 1.12.2018.

VPOD-Magazin > Abstimmungen Schweiz. VPOD-Magazin, 2018-12-01